

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1934

21 (25.1.1934)

Ercheint täglich mit Ausnahme der Feiertage
Bezugspreis: Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Auswärtiger frei ins Haus monatlich Goldmark 1.25
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/2 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluss Nr. 465
Postfach-Konto: Karlsruhe Nr. 6003

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Gegr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal
Helteste und verbreiteste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentl. Beilagen: Ein Blick in die Welt • Die Brunnenstube • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- u. Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 46 mm breite Millimeter-Zeile 5 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 15 Goldpf.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.
Bank-Konto: Vereinsbank Sinsheim e. G. m. b. H.
Spar- u. Waisenkasse Sinsheim (offen. Sparspar)

Nr. 21. Donnerstag, den 25. Januar 1934. 95. Jahrgang

Aufruf

des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda zum 30. Januar 1934.

Am 30. Januar 1933 wurde der Führer durch den hochherzigen Entschluss des Herrn Reichspräsidenten zur Kanzlerschaft des Reiches berufen. Damit war der Ausbruch der nationalsozialistischen Revolution gesichert.
Im Verlauf von zwölf Monaten hat die Regierung unter der Führung Adolf Hitlers auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens grundtätige und unwägbare Reformen durchgeführt. Das vorläufige Ergebnis dieser Reformen liegt offen zutage: Die Wirtschaft befindet sich wieder im Aufstiege, zwei Millionen ehemals arbeitsloser Menschen sind in die Fabriken und Kontore zurückgeführt, der Bauernstand ist in seinen Lebensgrundlagen gesichert, das kulturelle Leben wurde von den schlimmsten Verfallserscheinungen gereinigt, das Reich ist geehrt im Innern und steht eben im jähren Kampf um seine Ehre und Gleichberechtigung nach außen.
Die Regierung weiß sehr wohl, daß es ihr in diesem Jahr noch nicht gelungen ist, alle Not zu beseitigen. Das wäre auch über Menschenkraft gegangen. Der Führer hat bei der Wahl am 5. März 1933 vier Jahre Zeit gefordert, um seine großen Reformen endgültig durchzuführen. Ein Jahr davon ist vergangen, und schon leben wir allenfalls, wie neue Hoffnung und hartes Selbstvertrauen in alle Kreise des deutschen Volkes zurückgeführt sind.
Der Jahresstag des Ausbruchs der nationalsozialistischen Revolution fällt mitten in den Winter, in einen Weltkrisenmonat allererster Ranges. Der Führer und seine Mitarbeiter in der Regierung sind der Überzeugung, daß man seiner, historisch gesehen am ehesten gerecht wird, wenn man ihn ohne räumliche Feste in der Idee einer lebendig gewordenen Volksgemeinschaft durch ein grandioses und in diesen Umständen nur selten dagewesenes Demonstration sozialer Hilfsbereitschaft begeht.
Das Winterhilfswerk ist deshalb angewiesen worden, alle von ihm in diesem schweren Winter betroffenen Volksgenossen durch eine besonders sichtbare und sichtbare Spende am 30. Januar zu erfreuen und ihnen damit zu zeigen, daß der neue Staat sie nicht im Stich läßt und ihnen gerade am Geburtsstag seines nationalpolitischen Bestandes helfend zur Seite tritt.

Arbeitsdienstes, der an die Kolonisationsarbeit Friedrichs des Großen anknüpft, am vormittag vor der Garnisonkirche auf. Der Reichsführer hatte sich die Arbeitslager Potsdam angesehen. Unter den Klängen des Präsentiermarsches schritt der Führer des Arbeitsdienstes, Staatssekretär Hierl, die Front ab. Sodann hielt er eine Ansprache, in der er ausführte: Wer bewirkt, daß dort, wo bisher ein Salm wuchs, nunmehr zwei Salme wachsen, der hat mehr für ein Volk geleistet, als ein Feldherr der eine Schlacht gewonnen. Dies sind nicht Worte eines Kaiserlichen, sondern Worte des größten Feldherrn aller Zeiten, Worte des größten Königs. In der Tat hat der große König nicht nur als Feldherr im Kriege mit dem Schwert, sondern auch als Kolonialführer im Frieden mit dem Spaten seinem Volke und Staat neue Provinzen erobert. In einer Zeit, in der andere Völker nach dem Grundlos lebten, „Der Staat bin ich“, hat Friedrich der Große sich zu dem Grundlos bekannt: „Ich bin der erste Diener des Staates“. Und danach hat er gehandelt. Deshalb ist gerade für uns der große König Vorbild und Wegweiser. In bewusster Anknüpfung an die große fridericianische Tradition haben wir die Reichsschule des Arbeitsdienstes nach Potsdam gelegt, damit von dieser historischen Stelle des Dienstes und der Pflichten Erfüllung Treue ausströme auf unsere Führerschaft. Mit dem Ergebnis, daß wir im Arbeitsdienst als einem Dienst am Volke unterem hohen Vorbild stets nachstreben wollen, werden wir jetzt einen Kranz niederlegen am Grabe des unsterblichen Königs.
Die Fahnen lenten sich und Staatssekretär Hierl legte unter den Klängen des „Fridericus Rex“ an der Gruft einen Kranz nieder. Es folgte ein Vorbeimarsch des Arbeitsdienstes im Luitpoldpark.

Arbeitslagung des Bundes deutscher Mädel in Potsdam

Potsdam, 25. Jan. Am 24. Januar fand im Rahmen der feierlichen Vorkonferenz der Mädel die erste große Arbeitslagung des Bundes deutscher Mädel statt. Im feierlich geschmückten Sitzungssaal des Potsdamer Stadtschloßes hatten sich die Gauverbände, Obergau- und Gauverbände aus dem ganzen Reich eingefunden. Als Gäste des Reichsjugendführers waren anwesend der Stellvertreter des Reichsjugendführers Nabersberg, der Leiter der Presseabteilung, Stäbe, der Leiter der Abteilung Schulung Körper, der Leiter der Abteilung Organisation, John, und der Leiter des Deutschen Jugendberufsverbandes, Rodas. Die Obergauverbände, die Arbeitslagung auf der die Arbeit des BDM für 1934 festgelegt werden soll. In großen Zügen berichtete Inge Petri über die bisherige Entwicklung des BDM, der sich ebenso wie die NS mäßig kämpfend aufgebaut habe. Noch vor nicht langer Zeit habe der BDM mit seinen NS-Kameraden in Ostfalen und auf der Straße für die Idee des Führers werben müssen. Der Reichsjugendführer habe das Wort für das kommende Jahr gegeben: Schulung und Vertiefung. Es folgten Vorträge, die knapp zusammengefaßt die einzuhaltende Linie aufzeigten.

15 Millionen Kornblumen - 100 000 Sammler

15 Millionen Kornblumen will der BDM an einem Opfertag für das Winterhilfswerk am Freitag, den 26. Januar, verkaufen. Über 100 000 jugendliche Sammler und Sammlerinnen stehen bereit. Der BDM will, daß am Freitag ganz Deutschland im Zeichen der Kornblume steht. Das alte Symbol des volksdeutschen Gedankens, des kämpfenden Außen- und Innen-Deutschtums, soll auch dem Kampfe gegen Hunger und Kälte vorantreiben. Dadurch, daß der BDM sich in den Dienst des Winterhilfswerks stellt, bekundet er, daß die praktische Verwirklichung der Volksgemeinschaft alle Deutschen innerhalb und außerhalb der Grenzen anzieht. Der BDM hat allein durch die Verteilung der 15 Millionen Kornblumen vielen Volksgenossen Heimatweiden des Städtchens Sebnitz in der sächsischen Schweiz, Brot und Arbeit gegeben. Wer die Kornblume kauft, stellt somit nicht nur dem Winterhilfswerk neue Mittel zur Verfügung, er fördert auch unmittelbar die Besehung der Not in den deutschen Heimatweiden.

Weimar ehrt Reichsminister Dr. Frick

Weimar, 24. Jan. Am 23. Januar fährt sich zum vierten Male der Tag, an dem zum erstenmal in Deutschland ein Nationalsozialist Minister wurde. Dr. Frick, der jetzige Reichsinnenminister, wurde in Thüringen zum Innen- und Volksbildungsminister gewählt. Dem Gedanken dieses Tages galt die Erinnerungsfeier, die in Anwesenheit von Reichsminister Dr. Frick von der Thüringer Regierung im Landtagssitzungssaal zu Weimar veranstaltet wurde. Nach einer Begrüßungsrede des Staatsministers Wächter unterstrich Reichsminister Dr. Frick die Bedeutung des 23. Jan. 1930 für den nationalsozialistischen Entschluß in Deutschland. Es sei ein Experiment gewesen, als die Nationalsozialisten

damals in die Regierung eines kleinen deutschen Landes gingen. Dank der genialen Führung Adolf Hitlers, der trotz aller schweren Bedenken diesen Schritt wagte, habe sich die nationalsozialistische Bewegung auf legalem Wege bis zum endgültigen Erfolge durchgesetzt. Heute seien Partei und Staat eins. Die Partei sei der alleinige Träger des Staates und die einzige Quelle, aus der die Parteigenossen in den Regierungsstellen ihre Kraft zur Erfüllung der ihnen vom Führer aufgegebenen Pflichten schöpfen. Niemals dürfe daher ein Minister die Verbindung mit der Partei verlieren.

Reichsminister Dr. Frick richtete am Schluß seiner Rede eine Warnung an alle diejenigen, die den Zeitpunkt für gekommen halten, eine Frage Monarchie oder Republik „aufzurollen“. Adolf Hitler und seine Mitarbeiter, so betonte der Reichsminister nachdrücklich, werden den Platz auf den die Verleumdung sie gestellt hat, bis zum letzten Atemzuge verteidigen, und niemand solle glauben, daß man sie durch irgendwelche Machenschaften dazu bewegen könne, ihre Politik aufzugeben.
Reichsstatthalter Sautel dankte Dr. Frick für seine in Thüringen geleistete Arbeit. Am Abend fand zu Ehren des Reichsministers Dr. Frick im Deutschen Nationaltheater eine Festvorstellung von Richard Wagners „Ahnenerbe“, die sich zu einer erhabenden Kundgebung für den Reichsminister gestaltete.

Gedenkfeier am Denkmal des Schlachtschiffes „Blücher“

Kiel, 25. Jan. Am geistigen Gedenktag der Schlacht bei der Doggerbank (24. Januar 1915) fand am Gedenkdenkmal des Schlachtschiffes „Blücher“ auf dem Kieler Grenzfriedhof eine Gedenkfeier statt, an der zum ersten Male die Ueberlebenden des nach heldenhaftem Kampf gegen eine feindliche Uebermacht untergegangenen Schiffes gemeinsam mit den Verwandten der gesunkenen Kämpfer teilnahmen. Der Kreuzer „Königsberg“ als Traditionsschiff der ersten Aufklärungsgruppe hatte eine Abordnung entsandt. Korvettenkapitän Frick, der stellvertretende Kommandant der „Königsberg“, leitete nach einer eindrucksvollen Schilderung des heldenmütigen Kampfes bei der Doggerbank einen Kranz nieder. Als das Schiff nach erbittertem Ringen gegen eine englische Uebermacht sank, seien 870 brave Seeleute und tapfere deutsche Soldaten in den Wellen versunken. Den Geist dieser Gefallenen zu erhalten, sei heilige Pflicht. Wiederum mehr über uns die Flaga des Sieges, das Hakenkreuzbanner und das Flagaentuch schwarz-weiß-rot. Wieder beziele uns ein Wille: Alles für Deutschland.

Die Verantwortung des Arztes.

Bei der Anwendung des Sterilisierungsgesetzes.
Berlin, 23. Jan. Wie das VdJ-Büro meldet, veröffentlicht Ministerialrat Dr. Gütt vom Reichsinnenministerium im „Reichsverwaltungsblatt“ eine neue Stellungnahme zu dem Gesetz über die Verhütung erkrankten Nachwuchses.
Er betont, daß wir mit diesem Gesetz in der Geschichte der Medizin, aber auch des Rechtes, tatsächlich am Beginn eines neuen Zeitalters stehen, dessen Bedeutung dem vernehmlich ist, daß mit der Entdeckung des Tuberkelbazillus durch den preussischen Kreisarzt Robert Koch begonnen hatte. Hier trat sich ein neues Aufgabengebiet für den öffentlichen Gesundheitsbeamten und für die gesamte Ärzteschaft auf, dessen Entwicklung und Umfang wir noch nicht zu übersehen vermögen.
Dadurch, daß die Erbgesundheitsgerichte aus einem Richter und zwei Ärzten bestehen, habe der Gesetzgeber die Entscheidung über die Sterilisierung vertrauensvoll in die Hand des Arztes gelegt. Von diesen Ärzten werde es daher in erster Linie abhängen, ob das Gesetz verantwortungsbewußt in jeder Beziehung sowohl dem Einzelwesen als auch der Allgemeinheit gegenüber durchgeführt werden wird. Die ärztlichen Beisitzer übernehmen eine große Verantwortung sowohl dem Volk als auch dem ärztlichen Stand gegenüber. Bei der Beurteilung des Einzelfalles müsse der Arzt immer von zwei Voraussetzungen ausgehen:
1. Ist die Sterilisierung nur zulässig, wenn die Krankheit ärztlich einwandfrei festgestellt sei;
2. müsse das Erbgesundheitsgericht zu dem Ergebnis kommen, daß nach der Erfahrung der ärztlichen Wissenschaft die Nachkommen des betreffenden Menschen mit großer Wahrscheinlichkeit an den im Gesetz genannten Erbchäden leiden werden.
Der Sinn des Gesetzes sei eindeutig und klar, in Zukunft die Geburt erkrankter Personen zu verhindern, sowie Familie und Angehörige vor dem unendlichen Leid und den Opfern zu bewahren, die die Pflege solcher Personen erfordern. Schließlich solle den erkrankten Personen selbst wie bisher auch weiterhin die unbedingt notwendige Pflege ohne Ueberhebung zugewilligt werden. Dr. Gütt betont schließlich, daß selbstverständlich zuerst bei denjenigen Personen eine Entscheidung herbeigeführt werden könne, bei denen die besonders begründete Gefahr bestehe, daß sie sich ungehemmt fortpflanzen, daß also die Fälle nach ihrer Dringlichkeit behandelt werden müssen.

Der nationale Spendentag des 30. Januar soll nicht in Sammelaktionen, sondern in Hilfsaktionen bestehen

Ohne das dabei die ohnehin schon schwer in Anspruch genommene Opferbereitschaft des deutschen Volkes bemüht werden müßte, wird das Winterhilfswerk aus für diesen Zweck von der Regierung zur Verfügung gestellten Mitteln am 30. Januar für die von ihm betreuten Volksgenossen zusätzlich zu seinen sonstigen Leistungen

15 Millionen Lebensmittelmarken im Werte von je 1 RM.

verausgaben. Der Bedürftige erhält für sich und für jedes zu seinem Haushalt gehörende bedürftige Familienmitglied nach Maßgabe obiger Menge je einen Lebensmittelmarken. Aus eigenen Mitteln des Winterhilfswerks gelangen außerdem zusätzlich zu der regelmäßigen Zuteilung zur Ausgabe

6,5 Millionen Gusscheine über je einen Zentner Steinkohle oder Braunkohlenbriketts

Davon erhält der Bedürftige mit eigenem Haushalt oder eigenem Mietzimmer nach Maßgabe obiger Menge je einen Gusschein.
Die näheren Einzelheiten werden durch das Winterhilfswerk der Öffentlichkeit mitgeteilt.
Im übrigen wird die Bevölkerung aufgefordert, von früheren pomphaften Festen, Fackelmärschen und ähnlichem, der Not und dem Ernst der Zeit entsprechend, Abstand zu nehmen, ihrer Freunde, Zuversicht und herzlichen Genugtuung aber über den durch den Führer kraftvoll begonnenen Aufbau des neuen Reiches, der mit unvermindelter Stärke weiter vorangeht, werden soll, dadurch sichtbaren Ausdruck zu verleihen, daß sie am 30. Januar von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr die Fahnen des Reiches hißt.
Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels.

NS-Führerlagung in Potsdam

Am 25. Jan. Im großen Saal des Cafés Sandfouci fand eine Führerlagung der NS, des deutschen Jugendvolkes und des BDM statt, an der alle höheren Führer und Führerinnen teilnahmen. Nach der Eröffnung durch Stadtführer Nabersberg sprach der Reichsjugendführer Waldur von Schirach zunächst über organisatorische Fragen. Dann ging er auf die Bedeutung der Latiade ein, daß die Weisse der NS-Fahnen gerade am 24. Januar in Potsdam stattfand. Das sei ein Befehlnis zu dem Preußengeist eines Friedrich des Großen und zu dem einfachen Hitlerjungen Herbert Noras, der für Deutschland gefallen sei. Die Fahnen der NS würden geweiht an dem Ort, an dem 1892 zum ersten Reichsjugendtag 100 000 Hitlerjungen aufmarschiert seien gegen alles Vorurteil und Reaktionäre und wie damals so heute auch heute und immer die NS gegen jede Reaktion Deutschlands Jugend kommt nach Potsdam um an der Stelle des Reichsjugendtages von einst die Fahnen zu weihen, die immer gegen die Reaktion geweiht haben und immer gegen sie wehen werden. Wir wollen als laute Diener der tiefsten Wahrheit bekennen, was uns bewegt. Wir wollen nicht Beamte irgendeiner Bürokratie sein, sondern Sprecher des deutschen Volkes und der deutschen Schminde. An die Rede des Reichsjugendführers schlossen sich noch zwei Vorträge an, die von den NS-Führern mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen wurden. Auch das Programm des geistigen Vormittags sah noch eine Reihe geschlossener Arbeitslagungen vor.

Der Führer des Arbeitsdienstes am Grabe Friedrich des Großen

Potsdam, 25. Jan. Am geistigen Geburtsstage Friedrichs des Großen marschierte die Reichsführerschaft des Deutschen

Oesterreichischer Schritt in Berlin.

Nachdrückliche Richtigstellung österreichischer Behauptungen.

Berlin, 25. Januar. Ausländische Blätter haben in den letzten Tagen wiederholt gemeldet, die österreichische Regierung habe sich an den Botschafter gewandt, um dort das deutsch-österreichische Verhältnis zur Sprache zu bringen. In diesen Nachrichten ist zunächst darauf hinzuweisen, daß der österreichische Bevollmächtigte in Genf selbst in Abrede stellt bei seinem letzten Besuch bei dem Generalsekretär des Völkerbundes andere Dinge als rein österreichische Fragen zur Sprache gebracht zu haben.
Nichtig ist, daß der österreichische Gesandte im Auswärtigen Amt im Auftrage seiner Regierung vorstellig geworden ist und eine Reihe von Beschwerden über angebliche Einflußnahme gewisser reichsdeutscher Kreise auf die natio-

nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich zur Sprache gebracht hat, mit dem Hinweis, daß Oesterreich sich an den Völkerbund wenden würde, falls diesen Beschwerden nicht Rechnung getragen werden sollte.
Die einzelnen Behauptungen werden zurzeit in Berlin geprüft und, wie jetzt schon erfolgt werden kann, aufgrund des Ergebnisses dieser Prüfungen binnen kurzem nachdrücklich richtiggestellt werden.

Der österreichische Gesandte in London

London, 25. Januar. Der österreichische Gesandte stattete am Dienstag Sir John Simon im Foreign Office einen Be-

such ab. Vor einigen Tagen hatte er eine Denkschrift über die Frage der Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich und Großbritannien überreicht und Prof. Association zufolge verlanter, das sich die geistige Beipredung auf die Angelegenheit bezogen habe.

Kiefige Waffenfunde in Niederösterreich

30 sozialdemokratische Gemeindeangestellte verhaftet.
Wien, 25. Januar. Die Sicherheitsbehörden von Niederösterreich haben verschiedene vertrauliche Anzeigen erhalten, daß in Gebäuden, die der sozialdemokratischen Stadtgemeinde Schwedat bei Wien gehören, so im städtischen Bad und in Wirtschaftsgebäuden, Waffen des aufgelösten Republikanischen Schutzbundes verborgen sind, der bekanntlich die Wehrformations der Sozialdemokratie war.

Bei einer den ganzen Mittwochvormittag andauernden Hausdurchsuchung wurden in Schwedat 40 Maschinengewehre, 70 Gewehre, 200-300 Handgranaten, davon 100 scharf geladen, rund 88 000 Schuß Infanteriemunition und sonstiges Material gefunden und beschlagnahmt.

Bisher sind 30 Personen verhaftet worden, sämtlich Funktionäre des Schutzbundes und Gemeindeangestellte. Die Untersuchung geht noch weiter.

Der stellvertretende Bürgermeister von Innsbruck verhaftet

Innsbruck, 24. Jan. In den Abendstunden des Dienstag wurde auf Befehl der Bundespolizei der großdeutsche stellvertretende Bürgermeister von Innsbruck, Dr. Walter Pembauer, verhaftet. Ueber die Gründe der Verhaftung, die in Innsbruck großes Aufsehen erregte, ist noch nichts bekannt. In der letzten Zeit wurden allerdings hauptsächlich in der

christlichsozialen Presse heftige Angriffe gegen Dr. Pembauer wegen seiner politischen Einstellung erhoben.

„Heil Hitler!“ - im größten Grazer Konzertsaal
Eine begeisterte Kundgebung für Deutschland in Steiermarks Hauptstadt.

Am 9. Januar 1934 fand in Graz im Stefaniensaal, der etwa 2000 Personen faßt, ein deutscher Arienabend mit dem Wiener Hofopernsänger Helge Rosowanage statt. Es wurde auch das Lied „Heimweg“ von Hugo Wolf gesungen, welches wegen stürmischen Applaus der Besucher dreimal wiederholt werden mußte. Bei der Wiederholung fanden zwei prominente Grazer Persönlichkeiten (ältere Herren) auf und riefen mit zum Hitlergruß erhobener Hand „Heil Deutschland, Heil Hitler!“, worauf sich der ganze Saal erhob, die Hand zum Hitlergruß erhob und so in tiefer Ergriffenheit das Lied anhörete. Als zum drittenmal die Stelle „Auf dem höchsten Berg die Weite, grüßt dich, Deutschland aus Herzensgrund“ kam, stimmten alle Besucher begeistert das Deutschlandlied an, das von der Menge mit erhobener Hand gesungen wurde. Zum Schluß riefen in beispielloser Ergriffenheit die Konzertbesucher „Heil Deutschland, Heil Hitler!“ und reichten sich wortlos, aber mit tränensüchtigen Augen die Hände.

Im Foyer warteten Angehörige, um Konzertbesucher zum Heimgehen abzuholen. Es wurde so laut gesungen, daß man auch im Foyer deutlich alles verstehen konnte. Auch draußen im Foyer fand die Menge entblöhten Hauptes und lauschte den Klängen des Deutschlandliedes und der Heil-Grüß-Rufe. Helge Rosowanage wurde von der Polizei aufgefordert, Graz sofort zu verlassen, und es soll ihm auch eine Ladung zur Polizei zugestellt worden sein.

Die Besucher sind noch heute von diesem herrlichen Abend tief ergriffen, und alle, die nicht dabei sein konnten, bedauern, diesen eindrucksvollen Abend verkannt zu haben.

Amerikanische Befürchtungen

vor dem baldigen Ausbruch eines russisch-japanischen Krieges.

Washington, 25. Januar. Das weiße Haus lehnte am Mittwoch eine Stellungnahme zu der Frage, ob die amerikanische Kriegsstärke auf die nach dem Londoner Pakt festgesetzte Höchstgrenze ausgebaut werden soll, ab. Die allgemeine Stimmung scheint jedoch für einen Ausbau der Flotte zu sprechen. In Marinekreisen wünscht man darüber hinaus auch die Vermehrung der Luftstreitkräfte, um die neuen Kreuzer mit Flugzeugen auszurüsten zu können. Das Repräsentantenhaus, das sich bisher den Wünschen der Admiralität gegenüber meist ablehnend verhalten hat, scheint diesmal für den im Ausschuß bereits angenommenen Gesetzentwurf über den Ausbau der Kriegsstärke stimmen zu wollen. Die täglichen Meldungen der amerikanischen Presse, von einer wachsenden Spannung zwischen Rußland und Japan berichten, lassen der Öffentlichkeit die Bedeutung einer starken Kriegsstärke immer deutlicher erscheinen. Manche Blätter rechnen bereits für das Frühjahr mit dem Ausbruch des Krieges im Fernen Osten. Unter diesen Umständen ist auch der Konkrete der Meinung, daß die Stellung der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean durch eine starke Flotte gesichert werden müsse. Der Ausbau der Flotte erweise vor allem deswegen besondere Wichtigkeit, weil Japan offenbar die im Jahre 1936 abzulaufende Washingtoner und Londoner Flottenpakte nicht in der vorliegenden Form erneuern will, sondern die Flottengleichheit mit England und den Vereinigten Staaten beansprucht. Die Gleichheitsforderung wird in der amerikanischen Presse ganz allgemein als ein Beweis für die japanische Angriffspläne aufgefaßt. In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, daß Präsident Roosevelt und Vizepräsident Hull in ihren kürzlichen Reden besonders die starke Friedensliebe der Sowjetregierung besonders betont haben.

Die englischen Rekruten.

Qualitative und zahlenmäßige Verschlechterung.

London 23. Jan. Der Mannschäftsbericht für das englische Heer weist neuerdings zahlenmäßig und qualitativ eine erhebliche Verschlechterung auf. Es fehlen nicht nur von den im Monat März benötigten 27 000 Mann 7000 Mann und die Wahrscheinlichkeit, daß sie sich bis zum März noch melden, ist gering, auch die Qualität des Menschenmaterials nimmt ab.

Der Generaladjutant des englischen Oberkommandos benutzt diesen Tatbestand, um sich mit einer Darlegung der allgemeinen Dienstbedingungen und Anforderungen an die Oeffentlichkeit zu wenden. Er beklagt darin vor allem die mangelnde Tauglichkeit des Rekrutenschatzes. Von denen, die sich freiwillig gemeldet hätten, wären nur 48 Prozent tauglich, 52 Prozent unbrauchbar. Im Bezirk von Manchester und anderen Industriezentren sind die Verhältnisse noch schlechter. Dort wären nur 32 Prozent brauchbar. Von 20 Anwärtern könnten mindestens zwei bis drei kaum lesen und schreiben.

Die Hauptursache der Verschlechterung des Ertrages liegt

nach der Meldung des Generals darin, daß die Kriegsjahrgänge heranwachsen, die zu wünschen übrig lassen; ferner in der Antikriegspropaganda der Bolschewisten, die gut gemeint, aber schließlich sei, und schließlich in der allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage.

Gefängnis für katholische Geistliche

München, 25. Jan. Vor dem Sondergericht München begann gestern vormittag die Verhandlung gegen die drei vor längerer Zeit in Schutzhaft genommenen Geistlichen, Stadtpfarrer Emil Mühler, Kaplan Oskar Thaler und Katechet Sollaicher. Alle drei wurden aus der Schutzhaft vorgeführt.

Bei der Vernehmung erklärte der Hauptangeklagte Stadtpfarrer Mühler, er sei als Kriegsfreiwilliger vier Jahre im Felde gewesen, verwundet und zum Leutnant befördert worden. Er habe gegen den Marxismus Stellung genommen. Nach der Währungsreform der NSDAP habe er sich von der Politik ferngehalten. Die „Katholische Aktion“, der er vorübergehend angehört, habe mit Politik nichts zu tun. Nach seiner Einstellung zur Regierung befragt, erklärte Mühler, daß er sich verpflichtet fühle, mitzuarbeiten mit einer Regierung, die sich durchgesetzt habe und die man daher auch anerkennen müsse. Zu den einzelnen Anklagepunkten selbst, äußerte sich Mühler dahin, daß er die Nachrichten, deren Weiterverbreitung ihm zur Last gelegt wird, von Kommunisten erfahren habe. Deren Namen wisse er aber unter Berufung auf sein Berufsgeheimnis verschweigen, da ihm die Nachrichten bei seiner seelsorgerischen Tätigkeit mitgeteilt worden seien. Der Angeklagte gibt zu, daß er die Nachrichten, die er nicht für wahr gehalten habe, bei einem Abendessen im kleinen Kreise seinen Kaplanen weitergegeben habe, aber nur als Beweis für die Stimmung, die in den kommunistischen Kreisen herrsche. Er habe hinzugefügt, wenn das wahr wäre, dann wäre die erbitterte Stimmung der Kommunisten wohl begründet. Er habe zwar seinen Zuhörern nicht verboten, darüber weiter zu sprechen, sei aber doch überaus gewarnt, als er später von der Weiterverbreitung erfahren habe. Bei dem gelegentlich der Hausdurchsuchung gefundenen Material habe es sich nur um Studienmaterial gehandelt. Die gefundenen Mitteilungsblätter der „Roten Hilfe“ stammten von Kommunisten, die wieder zur Kirche zurückgebracht, aus der Partei ausgetreten waren und ihm als Beweis dafür, diese Bücher übergeben hätten. Im Kommunismus und Marxismus erblicke er eine tödliche Gefahr für Vaterland und Christentum. Sein Kampf dagegen habe ihm viele Verfolgungen durch die Volksherrschaft und heftige Zusammenstöße mit ihnen eingebracht. Sein Kampf gegen den Bolschewismus beweise seine nationale Einstellung.

Auch die beiden Mitangeklagten Thaler und Sollaicher neben bei ihrer Vernehmung objektiv den ihnen zur Last gelegten Tatbestand zu. Auch sie wollen diese Erzählungen

dann brachte er es sogar fertig, sie noch mit den Füßen zu stoßen. Jetzt hatte er plötzlich sein Herz entdeckt. Bei einer sozialdemokratischen Versammlung in der Schulaula hielt er eine lange Rede, sprach von der Freiheit der Schule und forderte die Abschaffung des Religionsunterrichts.

Er schlug nun nicht mehr und wurde bald Schulleiter. Der alte Rektor, ein Mann mit großem Vollbart, war pensioniert worden.

Das sind so Tonnes Erinnerungen an diese Zeit. Aber sie verblissen vor einer anderen. Die Mutter schniderte ihm aus Vaters Militärmantel einen neuen Mantel zurecht. Großmutter schickte ein graues Karminfells, das einen prächtigen Kragen abgab. „Wie ein Offizier siehste aus, Junge“, sagte der Vater, und bewunderte ihn von allen Seiten.

Tonne trug den neuen Mantel mit großem Stolz. Nur die Holzschuhe wollten nicht recht dazu passen.

Der Vater tat nun wieder Dienst bei der Eisenbahn. Er war also kein Soldat mehr. In der Schule mußten sie eines Tages angeben, wo sie wohnten, und welchen Beruf der Vater hätte. Als der Jansen an die Reihe kam, sagte er stolz: „Mein Vater ist Direktor!“ und sah sich triumphierend zu Tonne um.

Der biß sich in die Lippen vor Wut. Zitternd wartete er, daß er an die Reihe käme. Als dann der Lehrer „Thone“ rief, sah er dem seizenden Jansen fest in die Augen und sagte so laut und trotzig: „Weichensteller!“, daß der Lehrer verwundert aufblickte.

Bald darauf verließ Jansen die Volksschule und kam aufs Gymnasium.

Ja, der Vater machte wieder Dienst. Er trug seine Eisenbahneruniform und war nun selten zu Haus.

Was geschah in dieser Zeit noch alles? Tonne weiß es heute nicht mehr. Bis dann der große Streik kam.

nur weiter gegeben haben als Beispiel für den Ernst ihrer Unterhaltung. Sollaicher behauptete, daß er durch seine Schwabhaftigkeit keine beiden Amtsbrüder in Mitleidenhaft gezogen habe.

Das Sondergericht verkündete nach Anhörung mehrerer Zeugen folgendes

Urteil:

Die Angeklagten Dr. Mühler, Thaler und Sollaicher sind schuldig an einem Verbrechen gegen Paragraph 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. März 1933. Es werden verurteilt: Stadtpfarrer Dr. Mühler zu vier Monaten Gefängnis, Kaplan Thaler zu drei Monaten Gefängnis und der Katechet Sollaicher zu fünf Monaten Gefängnis. Außerdem haben alle drei die Kosten zu tragen.

In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Es wurde festgestellt, daß Mühler die Behauptungen über Vorgänge in Dachau, die er wie nicht widerlegt werden konnte, von einem Kommunisten erfahren hatte, an seine Kaplanen weitergegeben hat. Thaler hat diese Mitteilungen an seinen Kollegen Sollaicher weitergetragen, der sie weitererzählte. Die Behauptungen waren nicht wahr und infolgedessen geeignet, das Ansehen der Regierung schwer zu schädigen. Dr. Mühler gibt zu, die Behauptungen selbst für unwahr gehalten zu haben. Das Gericht erkennt nicht, daß es im dienstlichen Interesse wesentlich sein kann, daß der Pfarrer seine Kaplanen über die Stimmung in Kommunistenkreisen unterrichtet, doch braucht er nicht Einzelheiten wiederzugeben. Auch hätte er den Kaplanen ein Schweigegelübde auferlegen und sie davon unterrichten müssen, daß er selbst die ihm mitgeteilten Gerüchte für unwahr halte. Das Gericht hat angenommen, daß Dr. Mühler nicht ausschließlich aus seelsorgerischem Interesse gehandelt habe und deshalb stehe ihm eine übergeleitete Rechtfertigung nicht zur Seite. Die anderen beiden Angeklagten hätten trotz der Zweifel an der Richtigkeit die Behauptungen weiter verbreitet. Thaler zwar nur an seinen Kollegen, dieser aber habe versucht, die Behauptungen einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Deshalb habe auch Sollaicher am härtesten bestraft werden müssen.

Strafmildernd wurde bei Dr. Mühler berücksichtigt, daß er ein seelsorgerisches Amt habe und innerhalb seines Pflichtbereiches dem Marxismus entgegengetreten sei. Erschwerend dagegen wirkte die Ungehörigkeit der Behauptungen und die Tatsache, daß Mühler in seinem Amt zu einer befonderen Zurückhaltung verpflichtet gewesen wäre.

Sühne für den Mord an einem 55-Mann

Berlin, 25. Jan. Wie die Justizpressestelle mitteilt, hat die Staatsanwaltschaft Berlin wegen des am 17. Februar 1932 an dem SS-Scharführer von der Abt. beangenen Mordes nunmehr Anklage gegen 18 Personen erhoben und beantragt, das Hauptverfahren vor dem hiesigen Sondergericht zu eröffnen. Das kommunistische Verbrechen an dem 55-Mann von der Abt. erfolgte etwa drei Wochen nach dem Mord an dem Sturmführer Hans Eberhard Maifowski und dem Polizeiwachmeister Jauritz.

Die Anklage legt 17 Beteiligten außer Landfriedensbruch gemeinschaftlichen Mord zur Last. Sie sieht in dem Hauptangeklagten, dem 25 Jahre alten Richard Dittig, den Führer der Charlottenburger Kampfstaffeln und somit der Leiter des ganzen Ueberfalles. Häftig ist nach den Ermittlungen auch derjenige, der die tödlichen Schüsse auf den 55-Mann abgegeben hat. Pediglich gegen den letzten Angeklagten, den 31 Jahre alten Paul Zweig, der sich als Straßenvandal an der Verfolgung der SS-Männer beteiligte, ist ausschließlich Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben.

Man hofft, den Prozeß in zehn bis zwölf Tagen zu Ende führen zu können. Im Gegenzug zu dem Maifowski-Prozeß in dem das Urteil am 26. Januar zu erwarten ist, finden im Falle der Ermordung des SS-Scharführers von der Abt. die strafverschärfenden Bestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 und des § 1 des Gesetzes über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe vom 29. Dezember 1933 Anwendung.

Deutscher Sieg im Kairoer Judenprozeß

Kairo, 25. Januar. Der Internationale Gerichtshof hat gestern mittag unter atemloser Spannung der dichtgedrängten Zuschauermenge das Urteil im Kairoer Judenprozeß verkündet. Die Klage der Weltliga zur Bekämpfung des Antisemitismus wurde als unzulässig abgewiesen. Der Kläger wurde außerdem zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Der Verhandlungstag war eingeleitet worden durch ein glänzendes Plaidoyer des kaiserlichen Vertreters Ägyptens beim Gemischten Gericht. In scharfer, aber vollendeter Form und mit überzeugender Sachlichkeit kennzeichnete er die Schwächen der jüdischen Klage und kam ebenso wie die deutsche Verteidigung zu dem Endergebnis, daß die von der Weltliga angeklagte Klage vollkommen hinfällig sei. Bemerkenswert war in seinen Ausführungen ferner die Feststellung, daß die ägyptische Regierung ohnehin gegen die deutsche Broschüre eingegriffen hätte, wenn der Inhalt irrendwie strafbar oder beleidigend gewesen wäre, so daß

Hier ist Tonnes Erinnerung wieder ganz lebendig. Die Eisenbahner streikten. Tonnes Vater setzte sich eines Tages die weiche Schiebermütze auf, zog seinen alten Militärrock an und sagte, er ging Streikposten stehen. Tonne schlich ihm nach und sah, wie er sich mit anderen Männern vor dem Bahnhof postierte. Nach einer Weile kam ein Bahner in Uniform, die Lederfelle in der Hand. Der Vater und die anderen Männer gingen ihm entgegen und redeten auf ihn ein. Tonne konnte sehen, daß es ein sehr bewegtes Gespräch war. Schließlich drehte der Bahner um und ging wieder weg. Als der Vater am nächsten Tag wieder auf Streikposten zog, nahm er einen derben Spazierstock mit. Wie der Streik dann ausging, das weiß Tonne nicht mehr.

Sie wohnten damals in einer Witterstaterne im Berliner Osten. Aber es war eine schöne Wohnung, fand Tonne. Vom kleinen Flur ging es links in die geräumige Küche, die so freundlich und sauber aussah, weil Vater die Möbel weiß gestrichen und Mutter auf dem Wandbord viel Kupfergeschirr stehen hatte. Hin und wieder ließ sich Tonne gegen eine Extravergünstigung bereitfinden, es blank zu putzen. Dann gab's noch ein Bad mit „Zubehör“, das Schlafzimmer, und schließlich die gute Stube mit dem Balkon. Hier rankten Bohner und Kresse in grüngefärbten Kästen, die der Vater selbst gezimmert hatte.

Eine schöne Wohnung für einen Weichensteller! Und doch war er unzufrieden. Tonne hörte oft, wie der Vater mit den Kollegen sprach.

„Das ist der Sozialismus, für den wir so lange gekämpft haben?“ sagte er einmal. „Ich habe mir das anders vorgestellt.“ Dann nannte er die Männer in der Regierung Schwächlinge und Feiglinge und meinte, er wäre im Kriege schlau geworden.

„Das ist ja alles Quatsch mit dem Nie-wieder-Krieg“, sagte er mit höhnischem Lachen. „Draußen an der Front, das waren die anständigen Kerle! Aber wer sitzt hier in den Ämtern? Und wer hat die dicken Posten? Guckt euch doch den Jansen an, den Schwarzer! Der hat nie eine Kugel pfeifen hören. Aufhängen sollte man alle diese Burchen! Aber die schöne Revolution ist ja schon zu Ende!“

PETER HAGEN:
SA-Kamerad Tonne
des braunen Soldaten ehernes Denkmal

Hier kommandierte Herr Jansen über mehrere Verkaufserinnen und über einen jungen Mann, der an der Kasse saß. Er selber stolzierte nur umher. Manchmal kniff er die Frauen, die einkaufen kamen, in den Arm oder er klappte sie auf den Hintern. Wenn sie dann schimpften, lachte er und zwirbelte seinen Schnurrbart. Beim nächsten Mal aber behandelte er sie wie Luft, oder er schnauzte sie an.

Später bekam dieser Herr Jansen auch noch die Leitung des „Gemeindeplatzes“, auf dem von seiten des Magistrats Gerste und Futtermittel, Holz und Kohlen verkauft wurden. Hier saß Herr Jansen mit einer rotjaarigen Sekretärin in einem Büro und war nun noch hochwürdiger geworden als zuvor.

„So ein Gefinnungsstump!“ sagte Tonnes Vater. „Erst Vorsitzender vom Marineverein mit „Heil dir im Siegerkranz“ - und jetzt Sozialdemokrat. Nun sitzt er im Frett. - Schöne Revolution, bei der man solche Burchen nicht aufhängt hat!“

Und Tonnes Mutter schimpfte auf Frau Jansen, die nun plötzlich nicht mehr grüßte.

Früher war man gut genug, wenn sie angeheult kam, jetzt marriert sie die Duschle!“

Tonne war wütend. Als er einmal in der Klasse einen Streit mit dem kleinen Jansen hatte, da sagte er dem Jungen all das, was er zu Haus gehört hatte. „Und dein Vater pouffiert mit der roten Hexe, das wissen ja alle!“

Es gab eine handfeste Schlägeret, bei der Tonne den Sohn des „Gefinnungsstumpen“ unverkämmt verbläute. Das also war Schiebung. - Aber Tonne erlebte noch andere Dinge. Da hatten sie zum Beispiel einen Lehrer. Im Felde war er nie gewesen, dafür ließ er seine Kaufleute an den Schülern aus. Besonders die Arbeiterungen schlug er oft so heftig, daß sie hinfielen. Und

es des Eifers der Weltliga gar nicht bedürft hätte. Er ließ ferner durchblicken, daß die Erhebung der Zivilklage eigentlich ein Mißtrauen gegenüber der ägyptischen Regierung darstelle.

Gegen 11.30 Uhr erfolgte dann die Verkündung des bereits mitgeteilten Urteils durch den Präsidenten des Gerichtshofes, Kalani Cao. Die Bedeutung dieses Urteils für die gesamte Welt kann nicht genug unterstrichen werden. Zum erstenmal nach der deutschen Revolution hat sich ein völlig unparteiisches internationales Gericht (es bestand aus einem Italiener, einem Engländer und einem Ägypter) mit einer Streitfrage aus dem Bezirk der deutsch-jüdischen Auseinandersetzung zu befassen gehabt. Der Prozeß war von der Weltliga zur Bekämpfung des Antisemitismus ganz groß angezogen worden. Was man damit erreichen wollte, war eine Verurteilung des von Adolf Hitler verkörperten Deutschland und des nationalsozialistischen Gedankengutes. Die energische Abwehr des jüdischen Angriffes von deutscher Seite hat zu einem vollen Erfolg geführt. Dieser Zusammenbruch eines internationalen Restekrieges wird hoffentlich allen Emigranten und allen Kriegshebern gegen Deutschland für immer die Lust nehmen, mit ähnlichen Scherereien gegen das Dritte Reich anzutreten.

Begründung zum Gesetz gegen Waldverwüstung

Die Begründung zum Gesetz gegen Waldverwüstung, die im Deutschen Reichsanzeiger Nr. 19 veröffentlicht wird, geht davon aus, daß in der Forstwirtschaft im Gegensatz zu anderen Zweigen der Bodennutzung eine gewisse Möglichkeit der Vorwegnahme des Ertrages künftiger Jahre zum Nachteil kommender Geschlechter besteht. Eine unpflegliche Waldbehandlung ist in nichtstaatlichen Waldungen zuweilen dann zu befürchten, wenn sich der Waldbesitzer in finanzieller Notlage befindet. Vorzeitige Holznutzungen bedeuten in der Regel nicht nur für den Besitzer des Waldes eine Kapitalverflechtung und Schwämmerung seiner künftigen Holzträge und Einnahmen, sondern auch eine Schädigung der Allgemeinheit, da diese den Gesamtzertrag an Holz im deutschen Walde vermindern und auf diese Weise den Bedarf an ausländischem Holz erhöhen. Deutschland muß auch in holzwirtschaftlicher Hinsicht vom Auslande möglichst unabhängig werden. Dieses Ziel läßt sich aber nur erreichen, wenn mit allen Mitteln gegen eine unwirtschaftliche Minderung des produzierenden Holzkapitals vorgegangen wird. Obwohl der Kubohfenertrag in nichtstaatlichen Forsten, auf die Flächen-einheit bezogen, geringer ist als in staatlichen, ist er doch dennoch von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung, da der Anteil nichtstaatlichen Waldes an der deutschen Gesamtwaldfläche nicht weniger als 67,3 Prozent beträgt, wovon 47,8 Prozent allein auf Privatwald entfallen, 15,5 Prozent auf Gemeinden und 4 Prozent auf Stiftungen und Genossenschaften. Die Beobachtungen der letzten Jahre haben ergeben, daß vorzeitige Holznutzungen, insbesondere im Nadelwald, viel häufiger zu beobachten sind als je zuvor. Es ist deshalb der Erlass eines Reichsgesetzes dringend notwendig geworden. Das Gesetz soll nicht einen Ersatz für bestehende oder künftige Forstordnungen der Länder bilden, es soll lediglich dazu dienen, gewisse noch vorhandene Lücken in der Forstgesetzgebung auszufüllen. Um etwa in Erscheinung tretende Härten zu beseitigen oder zu mildern, ist den zuständigen Landesbehörden die Möglichkeit gegeben, in geeigneten Fällen Ausnahmen zuzulassen, wie sie z. B. bei Windbrüchen, Waldbränden, Insektschäden und sonstigen Katastrophen notwendig werden können, ferner auch dann, wenn ein Wechsel in der Betriebsart oder in der Holzart erforderlich wird. In seltenen Fällen werden auch Gründe, die in der Person des Waldbesitzers liegen, Ausnahmen geboten erscheinen lassen.

Anbauprämien für Flachs und Raps.

Die Reichsregierung ist bestrebt, den Anbau von Flachs und Delfrüchten, der in den letzten Jahrzehnten außerordentlich stark zurückgegangen war, durch die Gewährung von Anbauprämien zu fördern. Wie die neuesten Ermittlungen des Statistischen Reichsamts ergeben, haben diese Bestrebungen schon einen ersten Erfolg zu verzeichnen. Die Herbstsaat für Winterraps stellte sich 1933 auf 31 300 Hektar gegen 5200 Hektar im Herbst 1932. Noch vor 50 Jahren war die gesamte Anbaufläche für Raps und Rüben auf dem heutigen Reichsgebiet rund 25 mal so groß und die Anbaufläche für Flachs 20 mal so groß gewesen, wie im Erntejahr 1933.

Das Aussterben dieser Kulturen, das für alle Gebiete des Reiches festzustellen war, wird vom Statistischen Reichsamt in einer Veröffentlichung in den Vierteljahresschriften zur Statistik des Deutschen Reichs (1933, Heft 4) durch eine Gegenüberstellung der Anbauflächen für Flachs und Delfrüchte in den Jahren 1883 und 1933 auf Kartenbildern veranschaulicht. Man ersieht daraus, daß diese Fruchtarten selbst in Gebieten, die ehemals wichtige Anbauzentren dieser Spezialkulturen waren, im Laufe der letzten 50 Jahre fast völlig verschwunden sind. Solche Gebiete sind beim Flachsbaue hauptsächlich Ostpreußen, Hessen, Ostbavarn und die Umgebung von Bielefeld (Sitz der Leinenindustrie) beim Rapsbau Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Bommern, Schlesien und der württembergische Donaukreis.

Berfonenzug Madrid-Santander entgleist

Paris, 25. Januar. Havas meldet aus Santander, daß der Berfonenzug Madrid-Santander zwischen Besquera und Montabiz infolge Bahnammrutes entgleist ist. Neun Personen sollen ums Leben gekommen sein, darunter der Lokomotivführer und Beizer. Die Zahl der Verletzten wird mit vierzig angegeben. Ein Hilfszug ist von Santander abgefahren worden.

Mörder Zwinger im Saargebiet

Von Jandjägern aufgespürt, aber entkommen. Saarbrücken, 24. Januar. Eine Abteilung von Jandjägern und zwei Kriminalbeamten hatte am Mittwoch früh das Gelände am 10a. Steigerhaus bei Merchweiler umstellt, weil gemeldet worden war, daß sich dort der hochverrätlich gesuchte Franz Zwinger aufhalte, der im Oktober v. Js. in Karlsruhe einen Kriminalkommissar erschossen und einen anderen Kriminalbeamten verletzt hatte. Bei der Aufforderung, die verhaftete Tür zu öffnen, sprang Zwinger aus dem Fenster und gab auf die Beamten drei Schüsse ab, von denen einer den Jandjäger Weisgerber traf, der durch Bauchschuß schwer verletzt wurde. Zwinger konnte in der Dunkelheit im Walde entkommen, obwohl ihm noch einige Schüsse nachgelandt wurden.

Mord in Bad Charlottenbrunn

Breslau, 25. Januar. Der Grubenknepper Tänzer und eine noch unbekannt Frau wurden am Mittwoch früh in einem Waldhaus in Bad Charlottenbrunn bewußtlos aufgefunden. Die Frau war bald darauf tot. Offenbar ist sie ertrunken worden. Tänzer wurde ins Krankenhaus gebracht. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Schiffszusammenstoß in der Elbmündung

Engshaven, 25. Januar. Am Mittwoch gegen 5.30 Uhr wurde der in der Elbmündung kreuzende Totenverkehrdampfer „Ditmar Koel“ von einem bisher noch unbekannt Dampfer gerammt und so schwer beschädigt, daß das Schiff zu sinken begann. Die Beladung mußte den Dampfer verlassen. Aus Engshaven ist Unfallhilfe an die Unfallstelle beim Feuerlösch „Elbe 1“ abgegangen.

Zwei Brüder finden sich

Heilbronn, 25. Januar. An einem Sonntag kurz vor Weihnachten haben zwei Arbeitsdienstkameraden im Tagesraum des Vagers Heilbronn (Abteilung 200/2) an einem Tisch sich gegenüber und unterhielten sich. Sie waren beide erst kurz im Lager und konnten noch nicht ausgehen. Fast zwei Stunden sprachen sie, fanden ansehnlich besonderen Gefallen aneinander, man erzählte, frag über das Woher und was sonst einem das Herz bewegen mag. Bis auf einmal der eine fragt: „Wie heißt du denn?“ Antwort: „Schmid“ — „Jo heiße ich auch“ sagt der andere. Schweigen... er geht hinaus und holt ein Bild, bringt es dem anderen, „mein Vater!“ — „meiner auch“ antwortete der andere. — zwei Brüder und zwei Herzen haben sich gefunden.

Alfred und Otto Schmid. Sie haben sich nie gekannt. Als der Vater der beiden — die zahlreiche Familie wohnte in Weinsberg — mit Kriegsbeginn 1914 ins Feld zog, ließ nach kurzer Zeit die Mutter von den Kindern weg. Otto war vier, Alfred ein halbes Jahr alt, als man die Kinder in Pflege geben mußte und damit die ganze Familie in alle Winde zerstreute. Der Vater kam vom Feld zurück und verheiratete sich wieder. Nur der eine Sohn Otto fand wieder ins Vaterhaus zurück. Die beiden Brüder wußten voneinander nur das, daß sie irgendwo existierten, bis der Tag des Wiedersehens im Arbeitsdienst sie wieder zusammenführte. Groß ist die Freude der beiden wie die Anteilnahme seitens der Kameradschaft ob dieses glücklichen Wiederfindens.

Pforzheim bekommt Hilfe

Pforzheim, 25. Januar. Einen erfolgreichen Vorstoß hat Pforzheim in der Arbeitsbeschaffungsfrage unternommen. Der dortige Landrat und der Kreisleiter der NSDAP wollten am Dienstag mit den Vertretern des Arbeitsamtes und des Wasser- und Straßenbauamtes Pforzheim zu einem Besuch beim badiischen Ministerpräsidenten. Der Landrat berichtete dem Ministerpräsidenten ausführlich, welche Sonderstellung der Pforzheimer Amtsbezirk einnimmt. Er verwies auf die Verhältnisse in der Pforzheimer Industrie und stellte fest, daß in Pforzheim — eine Ausnahmeregion in ganz Deutschland — die Zahl der Arbeitslosen nicht zurückgegangen, sondern gewachsen ist. Als Notstandsgebiet besonderer Prägung habe Pforzheim ein Anrecht auf besondere Förderung durch staatliche Maßnahmen. Als Maßnahmen für die öffentliche Arbeitsbeschaffung sind, wie die übrigen Vertreter dem Ministerpräsidenten darlegten, im Bezirk Pforzheim vor allem eine größere Anzahl Straßentanten in Aussicht genommen und eine Enzverbreiterung und eine neue Enzbrücke in Niefern vorgezogen. Der Durchführung der vielen Pläne steht nun nicht allein entgegen, daß Pforzheim nicht genügend Mittel hat, sondern auch die sehr bemerkenswerte Tatsache, daß es zur Ausarbeitung aller Pläne an Tiefbauingenieuren mangelt. Hier wies besonders der Kreisleiter aus Pforzheim darauf hin, daß die Nachfrage nach Tiefbauingenieuren offenbar ein Zeichen dafür sei, wie sehr man auswärts mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt ist. Die nötige Anzahl geistlicher Kräfte sollten dem Wasser- und Straßenbauamt Pforzheim unbedingt zur Verfügung gestellt werden. Der Ministerpräsident erklärte, daß er grundsätzlich gern bereit sei, die Pläne Pforzheims zu fördern. Er hat um beihilfenartige Ansparbeitung aller Vorschläge, zu welchem Zweck sich die Vertreter Pforzheims noch am gleichen Tage mit den Behördenstellen der Landeshauptstadt in Verbindung setzten.

Der Reichsstatthalter besucht Engen und Konstanz

Engen, 25. Januar. Reichsstatthalter Robert Wagner wird nach einer Besichtigung der Hans-Zachs-Schule in Unterwasser bei Ottenheim am Donnerstag nach Engen fahren, wo er nachmittags 2.30 Uhr über Deutschlands Kampf um Gleichberechtigung, Arbeit und Brot sprechen wird. Anschließend wird sich der Reichsstatthalter nach Konstanz begeben, wo er mit der Kreisleitung und den kommunalen Behörden Besprechungen haben wird.

Wartezeit in der Invalidenversicherung

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Durch die 4. Novorderordnung vom 8. 12. 1931 — Reichsgesetzblatt I S. 696 — ist die Wartezeit der Invalidenversicherung verlängert worden. Während nach dem § 127 Abs. 2 die Wartezeit bisher 200 Beitragswochen betrug, wenn mindestens 100 Pflichtbeiträge nachgewiesen wurden, andernfalls 300 Beitragswochen, beträgt sie auf Grund der Novorderordnung 250 Beitragswochen. Sind weniger als 250 Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht geleistet, so beträgt die Wartezeit 500 Beitragswochen; bei der Altersinvalidenrente, die bekanntlich bei Vollendung des 65. Lebensjahres gewährt wird, auch wenn der Versicherte arbeitsfähig ist, dauerte die Wartezeit 750 Beitragswochen, d. h. bei regelmäßiger Markenleistung nahezu 15 Jahre.

Diese Bestimmung trat am 1. 1. 1932 in Kraft. Sie hat für manche Versicherten, die nach Vollendung des 65. Lebensjahres die Altersinvalidenrente beantragen, zur Folge, daß sie mit ihrem Rentenanspruch abgewiesen werden müssen, weil sie die für letztere Rente vorgeschriebene Wartezeit von 750 Beitragswochen nicht erfüllt haben. Es handelt sich hier in der Hauptsache um solche Versicherte, die erst in vorgerücktem Alter in die Versicherung eintraten und die nur wenige Wochen im Jahr versicherungspflichtige Lohnarbeit verrichteten, und innerhalb der zweijährigen Laufzeit ihrer Duitungsliste immer nur die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft vorgeschriebene Mindestzahl von nur 20 Beiträgen entrichteten. Diese Versicherten können bei Eintritt der Invalidität wohl die Invalidenrente erhalten, wenn sie die hierfür vorgeschriebene Wartezeit von 250 bzw. 500 Beitragswochen zurückgelegt haben. Falls sie jedoch auf die Altersrente abheben, so müssen sie schon rechtzeitig darauf bedacht sein, daß sie nötigenfalls eine entsprechend höhere Zahl von Marken, unter Umständen Woche für Woche, kleben müssen, um sich jederzeit bei Erreichung des 65. Lebensjahres den Anspruch auf die Altersrente zu sichern.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, den 25. Januar.

Beize Bad Heimat. In der Reihe der Veranstaltungen dieses Winters, die dem völkischen Aufbau dienen, wird der kommende Sonntag eine besondere Stellung einnehmen. Die Ortsgruppe wird eine Feiertunde bieten: „Das Hakenkreuz“. Wer es mit seiner nationalen Bildung ernst nimmt, darf nicht fehlen, wenn ein Gelehrter und Fachmann wie Ministerialrat Fejrl über das Sinnbild unserer Erneuerung spricht. Herr Fejrl steht heute in der vordersten Linie der beamteten Förderer der Heimatbewegung. In diesem Jahre wird der Landesverband „Badiische Heimat“ 25 Jahre alt. Dies ist der besondere Grund, den Lichtbildvortrag feierlich einzuleiten. Ein Bewegungsschor, eingeleitet von der Gymnastiklehrerin Frä. Engeher, und Sprechöre der Oberrealschule, geleitet von Prof. Flöher, füllen den ersten Teil der Feiertunde, zu der jedermann eingeladen ist (Siehe Anzeige).

Radsportverein. Am kommenden Sonntag veranstaltet der hiesige Radsportverein wie alljährlich wieder ein Saal-sportfest. Kunstfahren, Reigen und Raddballspiele werden vorgeführt, foch die Veranstaltung für Mitglieder und Sportfreunde recht interessant zu werden verspricht. Näheres wird noch im Infertenteil bekannt gegeben.

Deutsche Gedentage

Ich glaube und bekenne, daß ein Volk nichts Höher zu achten hat, als die Würde und Freiheit seines Volkes. Clausewitz.

- Was geschah heute: Donnerstag, den 25. Januar. 1886: Wilhelm Furtwängler, Dirigent des Berliner Philharmonischen Orchesters in Berlin geboren. 1876: Der Schriftsteller Herbert Gullenberg in Müllheim am Rhein geboren. 1559: Christian II., untrümtlicher König von Schweden, Norwegen und Dänemark, starb auf Schloß Kallundborg auf Seeland.

Neue Jugendherbergen in Baden. Einige Lücken, die sich bisher im badiischen Jugendherbergsnetz geltend machten, finden mit diesem Jahre im Zeichen des dritten Reiches ihr Ende. Im badiischen Jagsttal, im burgekrönten Krauthheim wird eine zunächst kleine Jugendherberge dank dem Entgegenkommen der Stadtverwaltung eingerichtet. Sie bildet ein willkommenes Bindeglied bei Wanderungen hinüber ins Taubertal oder umgekehrt. Eine weitere Lücke wird geschlossen im Kraidgau dadurch, daß die Stadt Eppingen in dem berühmten „Baumannshaus“, einem herrlichen, alten Fachwerkbau, eine schöne Jugendherberge einrichtet. Auch sie wird den wandernden Jugendcharen hoch willkommen sein. Dank dem freundlichen Entgegenkommen des Badenwerkes wird es ferner möglich sein, an der Schwarzenbach-Talsperre auf dem Weg vom Hohloch nach Herrenwies eine kleine Jugendherberge einzurichten. Sie findet ihren Platz im Schleusenwärterhaus unmittelbar bei der großen Staumauer. Auch hier wird eine bisher sehr angenehm empfundene Lücke endlich ausgefüllt.

Prüfung für den einfachen mittleren Dienst. Die diesjährige Prüfung für den einfachen mittleren Dienst in der Finanzverwaltung und Unterrichtsverwaltung (Assistentenprüfung) findet im März 1934 statt; sie beginnt am Montag, den 19. März, und endigt voraussichtlich am Mittwoch, den 21. März. Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind bis spätestens 10. Februar vorzulegen.

Schulungskurs für Verkehrswesen. Um die Bevölkerung mit dem Fremdenverkehrswesen vertraut zu machen und vor allem in allen Kreisen das Verständnis für die Bedeutung des Fremdenverkehrs und der verwandten Wirtschaftszweige zu wecken, hat der Beirat des 5. 5. beschlossen, durch einen Fachmann einen Schulungskurs in der Woche vom 25. 2. bis 3. 3. 1934 abzuhalten. Das aufgestellte Programm bietet außerordentlich Interessantes für jeden der seine Heimat liebt und der sein Interesse für das wirtschaftliche Aufblühen unserer Gemeinde tätige bekunden will. Die Vorträge werden jeden Berufsstand erfassen und vor allem auch für die Jugend bestimmt sein. Es wird erwartet, daß die Veranstaltung allseitiges Interesse findet und mehr, als die Regierung wünscht, daß die wirtschaftl. und ideelle Bedeutung dieses Zweiges deutscher Wirtschaft von jedermann erkannt wird. Weitere Mitteilungen folgen demnächst.

Anerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit. Das badiische Innenministerium hat beschlossen, den Widerruf der 1919 durch die damaligen marxistischen Machthaber erfolgten Einbürgerung des Redakteurs der früheren sozialdemokratischen „Volkstimme“ in Mannheim, Harpuder aus Saroslaw (Galizien) und seiner Frau, sowie die Anerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit auszusprechen. Harpuder spielte in der sozialdemokratischen Presse Badens eine able Rolle und zog es vor aus Deutschland zu verschwinden, als die nationalsozialistische Bewegung zur Macht kam.

Verlängerung der Schonvorschriften für Vermieter. Da die schädigenden Auswirkungen auf die Rentabilität der Häuser, die sich aus dem außerordentlichen Kündigungsrecht der Novorderordnung vom Dezember 1931 ergeben hatten, in weiten Teilen auch bislang noch nicht behoben oder ausgeglichen werden konnten, hat, wie der Parlamentsdienst des Deutschen Nachrichtenbüros meldet, das Reichskabinett jetzt durch Gesetz eine abemalige Verlängerung der den Vermietern eingeräumten Schonvorschriften beschlossen, und zwar um ein weiteres halbes Jahr bis zum 15. Juli 1934. Es gelten also auch weiterhin, wenn der Vermieter infolge der damaligen Kündigung ohne sein Verschulden gehindert ist, eine bis dahin fällige werdende Verbindlichkeit aus einer auf dem Grundstück ruhenden Last zu erfüllen, diejenigen besonderen Rechtsfolgen als nicht eingetreten, die wegen der Nichtzahlung oder nicht rechtzeitigen Zahlung nach Gesetz oder Vertrag eintreten würden.

Aufnahmeperrre beim Arbeitsdienst. Infolge der zahlreichen Meldungen zum Arbeitsdienst ist in den letzten Tagen eine derartige Ueberfüllung eingetreten, daß die Aufnahmen in den Arbeitsdienst vom 25. Januar bis 25. Februar gesperrt werden müssen. Wir erfahren dazu von unterrichteter Seite, daß der Arbeitsdienst in den letzten Tagen über 16 000 Anmeldungen hat ablehnen müssen, weil einfach keine Stellen für die jungen Leute vorhanden sind. Die jungen Leute, die sich bis jetzt bereits angemeldet haben, sind vornotiert und werden höchstwahrscheinlich zum 25. Februar einberufen.

Senkung der Angestelltenverbandsbeiträge. Ab 1. 2. 34 tritt, wie der „Indie“ meldet, eine wesentliche Herabsetzung der Beiträge zu den Angestelltenverbänden ein, die vor allem durch eine großzügige Vereinfachung der Beitragsstaffelung ermöglicht wurde. Künftig gelten für alle Angestelltenverbände einheitliche Beitragsätze. Die Neuregelung ist unter besonderer Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse erfolgt. Die Beitragsätze sind so gestaltet, daß sie für jeden Angestellten tragbar ist.

Inventurverkauf und Weize Woche. Die Badiische Industrie- und Handelskammer hat als Termin der diesjährigen Inventurverkäufe die Zeit vom Samstag, den 27. Januar bis einschließlich Montag, den 5. Februar 1934 einheitlich für das ganze Land Baden festgelegt. Ankündigungen des Inventurverkaufs dürfen erst ab Freitag, den 26. Januar erfolgen. Der Inventurverkauf ist nur für diejenigen Geschäftszweige zulässig, in welchen letzter die Veranstaltung eines solchen üblich war. Ferner wurde als Termin der für dieses Jahr nochmals zugelassenen „Weizen Woche“ die Zeit vom Montag, den 26. Februar bis einschließlich Samstag, den 3. März 1934 bestimmt. Dem Sinne der Weizen Woche entsprechend, kann diese nur für sogen. weize Waren als zulässig erachtet werden. Sonderveranstaltungen irgendwelcher Art dürfen in der Zeit von der Beendigung des Inventurverkaufs bis zum Beginn der Weizen Woche nicht stattfinden. Bei den Veranstaltungen ist eine Rabattgewähr über den im Gesetz über Preisnachlässe (Rabattgesetz) vom 25. November 1933 vorgegebenen Varrabatt von 3 Prozent hinaus nicht zulässig.

Dühren, 25. Jan. (Beerdigung.) Das auf so tragische Weise ums Leben gekommene Söhnchen des Arbeiters Ludwig Fleck, worüber wir kürzlich berichteten, wurde am Sonntag zu Grabe getragen. Nachdem der Mädchendor am Trauerhause zum Abschied gelungen hatte, bewegte sich ein außerordentlich großer Leichenzug zum nahen Friedhof. Der mit Kränzen bedeckte Sarg wurde von vier Hiltlerjungen getragen, zu beiden

Seiten begleitet von Kameraden des Toten, von Jungvolk-kameraden. Dem Sarg voraus schritten die Schulkinde...

Neckarbischofsheim, 23. Jan. (Tabakpreis.) In ver-gangener Woche wurde der im letzten Jahre hier gewachsene Tabak abgenommen...

Disibach, 24. Jan. (Tod einer Konfirmandin.) Ein sehr beklagenswerter Todesfall ereignete sich gestern hier...

Eichelbrunn, 25. Jan. (Freiw. Feuerwehr.) Hier hat die Freiwillige Feuerwehr am letzten Samstag im „Löwen“ ihre diesjährige Generalversammlung...

Bargen, 25. Jan. (Notstandsarbeit.) Durch das an-haltende Frostwetter war man gezwungen, die Notstandsarbeit in der hiesigen Gemeinde einige Wochen einzustellen...

Badstätt, 23. Jan. (Verchiedenes.) Der Militärverein ver-anstaltete am letzten Sonntag im Gasthaus zur Eisenbahn einen vaterländischen Abend...

Itzingen, 23. Jan. (Vortrag.) Zu einem besonderen gut besuchten Gemeindefest versammelte sich die Evangelische Kirchengemeinde am Sonntag in unserer Kirche...

Aus dem Amtsbezirk, 24. Jan. (Wie kann man gefälschte Milch erkennen?) Mit Wasser „getaufte“ Milch ist keineswegs immer am Aussehen zu erkennen...

Sulzfeld, 23. Jan. (Berufsberatung.) In der letzten Woche fand hier für die oberen Jahrgänge der Volksschule eine Berufsberatung statt...

Adelsheim, 23. Jan. (Adlerwirt Lechner f.) Nach längerem Leiden ist gestern vormittag der Besitzer des Gasthofes „Zum Adler“, Wilhelm Lechner, im 62. Lebensjahre gestorben...

Mühlhausen, 23. Jan. (Ein vaterländischer Abend) wurde zu Gunsten des Winterhilfswerkes abgehalten, der großen Zuström auch von auswärtigen hatte...

Zuilenhausen 23. Jan. (Holzpreise.) Am Montag wurde in unserer Gemeinde das Bürgerholz ausgegeben...

zeitig das Brennholz versteigert und zwar 108 Ster Scheit- und Rollenholz und 5500 Wellen...

Mannheim, 25. Jan. (Wer ist der Tote?). Am 22. Januar abends gegen 10 Uhr wurde zwischen den Gleisen des hiesigen Hauptbahnhofes die Leiche eines unbekanntes Mannes aufgefunden...

Mannheim, 25. Jan. (Keine Platzversteigerung mehr.) Die Plätze auf den Messen und Märkten werden künftig nicht mehr versteigert, sondern freihändig auf dem Wege des Angebots vergeben...

Brühl (bei Schwesingen), 25. Jan. (Ein Badener in der Pfalz schwer verunglückt.) Ein 30 Jahre alter Motorradfahrer von hier fuhr mit seinem Fahrzeug in der Pfalz durch die Frankenthaler Straße in Richtung Ludwigshafen...

Pforzheim, 25. Jan. (Gesteifte Freude ist doppelte Freude.) Die junge Frau, die hier den Haupttreffer der ersten Serie in der Reichsuntertertia-Lotterie zog und 5000 M. gewann...

Pforzheim, 25. Jan. (In Schubhaft genommen.) Von der Polizei wurden wiederum zwei Schwäger, die als Nichtsteuerpolizeibeamtete in Schubhaft genommen...

Schöllbrunn bei Etlingen, 25. Jan. Ein ganz Schläuer holte sich mehrere Tage hintereinander morgens 7 Uhr ein Viertel Wurst in einer hiesigen Wirtschaft...

Gaggenau, 25. Jan. (Arbeiter-Ründigungsfeier auch bei Daimler-Benz Gaggenau.) Wie uns mitgeteilt wird, hat nunmehr auch Daimler-Benz A.G. für ihre Arbeiter einen Ründigungsfeier eingeführt...

Wilsdorf bei Rehl, 25. Jan. (Selbstanschuldung in Betrieb.) Am Dienstag wurde das hiesige automatische Fernsprechamt in Betrieb genommen...

Duerbach, 25. Jan. (Sämtliche Arbeitslosen beschäftigt.) Die Gemeinde hat es fertiggebracht ihren sämtlichen Arbeitslosen Beschäftigung zuweisen...

Windischlag, 25. Jan. (Sechs Erbhöfe.) Bei Aufstellung des Gemeindeverzeichnisses A zum Reichserbhofgesetz (Besitzungen von 75 Hektar) wurden hier sechs Erbhöfe eingetragen...

Disenburg, 25. Jan. (Unfall mit Todesfolge.) Mittwoch vormittag wurde ein etwa 50 Jahre alter, vermutlich dem

Eisenbahnwunde angehorender Mann aus dem Wuppertal noch lebend herausgezogen. Der Verunglückte, dessen Verunsicherung noch nicht feststeht, ist kurze Zeit nach seiner Auffindung gestorben...

Wittenhofen (bei Heberlingen), 25. Jan. (Bauernhaus eingestürzt.) Hier brannte das neuerbaute Haus der Bw. Keller auf dem Egenweilertal vollständig nieder...

Marktbericht

Pforzheimer Schlachtviehmarkt vom 23. Januar 1934. 1100 Rind, 16 Bullen, 2 Kühe, 43 Kinder, 108 Kälber, 1 Schaf, 308 Schweine...

Berliner Produktengroßmarkt vom 24. Januar 1934. Anliche Notierungen. Weizen 76-77, Roggen 72-73, Hafer 137-145, Gerste 146-154, Mais 156-164...

MAGGI's Erzeugnisse WÜRZE · SUPPEN · FLEISCHBRÜHE vereinigen Qualität und Preiswürdigkeit

Radio-Brogramm

Donnerstag, den 25. Januar. Deutschlandsender. 14: Schallplatten. 14:45: Kinderfunk. 15:05: Kinderfunk. 16: Konzert. 17: Frauen am Werk. 17:20: Ralph Siegel mit neuer Tanzmusik...

Wetterbericht

Vorherige für Donnerstag: In den Niederungen vielfach Nebel oder Hochnebel, sonst trocken, leichter bis mäßiger Frost...

Sonntag, den 28. Januar 1934 nachmittags 2 1/2 Uhr im „Stadtpark“ Eine Feierstunde „Das Hakenkreuz“ Vortrag des Herrn Ministerialrat Dr. Eugen Fehle...

Frische, große, grüne Heringe zum Braten. Prima Stangenkäse das Pfund 48 Pfg. Dessert-Käse die Ecke 5 Pfg. Emmentaler ohne Rinde die Ecke 10 Pfg. Hochwild Rekord-Käse ohne Rinde Sortiment: Tomaten, Kümmel, Schnittlauch...